

BI fordert klare Position der Landesregierung

CO₂-Gegner demonstrieren morgen vor dem Landtag Sachsen-Anhalts

Von Lothar Lehmann

Salzwedel. Der CCS-Gesetzentwurf, der nach dem Willen der Bundesregierung im Herbst 2011 in Kraft treten soll, sorgt für viele Diskussionen. Die betroffenen Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg haben bereits klare Positionen bezogen. Sie lehnen entweder den vorliegenden Gesetzentwurf oder aber die Speicherung von CO₂ in ihrem Bundesland ab.

Am morgigen Donnerstag findet darüber ab 12.45 Uhr die erste Debatte im Deutschen Bundestag statt. Sachsen-Anhalt mit seiner nahezu leer geförderten Erdgaslagerstätte hat sich trotz Forderungen aus der Altmark bisher nicht positioniert. Die zweitgrößte Erdgaslagerstätte Europas ist jedoch im Verzeichnis der möglichen Speicherlagerstätten ein Premium-Speicher und damit direkt betroffen von den Entscheidungen über den CCS-Gesetzentwurf. So wurden gar ganze Pa-

ragraphen im vorliegenden Entwurf passend für das laufende Clean-Projekt formuliert. Ein Projekt, das mit einer betriebsbereiten Anlage in Maxdorf nur noch auf die gesetzliche Grundlage wartet.

Die Bürgerinitiative (BI) „Kein CO₂-Endlager Altmark“ hat daher mit Besorgnis die Äußerungen von Ministerpräsident Reinert Haseloff im „Handelsblatt“ zur Kenntnis genommen, in dem dieser sich für



den Bau neuer Kohlekraftwerke ausspricht. Damit unterstützt er direkt auch die CCS-Technologie. Liebäugelt Haseloff mit einem Kohlekraftwerk in Arneburg und der Verpressung von dessen CO₂ in der Altmark?

Im Magdeburger Landtag

steht am morgigen Freitag, 13. Mai, der Antrag der Partei Die Linke „Keine Anwendung der CCS-Technologie in Sachsen-Anhalt“ auf der Tagesordnung. Die Bürgerinitiative fordert die Landesregierung auf, dies zum Anlass zu nehmen, sich nun klar zu positionieren: Das CCS-Anwendungsgesetz der Bundesregierung muss im Bundesrat abgelehnt werden, Pläne für neue Kohlekraftwerke müssen als unzeitgemäß fallen gelassen werden. Wie u.a. die Studien des Sachverständigenrats der Bundesregierung in Umweltfragen (SRU) detailliert nachweisen, ist eine vollständige Energieerzeugung ohne Atomkraft und ohne neue Kohlekraftwerke bis 2050 möglich und zudem die kostengünstigste Variante für die Energiewende. Gerade auch für Sachsen-Anhalt sind damit tausende neuer Arbeitsplätze verbunden.

Die BI wird am Freitag ab 12 Uhr vor dem Landtagsgebäude in Magdeburg gemeinsam mit dem BUND für diese Ziele demonstrieren.